



INHALT

Auf dem Weg zu Neuwahlen am 1. November 2

- Gescheiterte Regierungsbildung 2
- Kampf mit der PKK wieder aufgenommen 2
- Spannungen und Druck auf die Medien 4
- Ausblick auf einen kurzen Wahlkampf 5
- Syrische Flüchtlinge 5

Innenpolitik 6

- Erdoğan bestimmte AKP-Parteitag – in Abwesenheit 6
- Pride Parade in Istanbul von der Polizei aufgelöst 6
- MHP-Kampagne zu den Uiguren in China. 6
- Konflikt um Nachhilfeschulen geht weiter 6
- Zentrale Anklageschriften gegen die Gülen Gemeinschaft vorgelegt 7
- Freisprüche im Poyrazköy und im Fenerbahçe Verfahren. 7
- Umweltschutzkonflikt am Schwarzen Meer 7

Wirtschaft 8

- Wachsende Probleme mit der Geldwertstabilität 8
- Zunehmender wirtschaftlicher Pessimismus 8
- Druck auf Wirtschaftsunternehmen. 8
- Schwierige Tourismus-Saison 8

Außenpolitik 9

- Kurskorrektur in der Syrien-Politik? 9
- Türkei wird aktives Mitglied der Anti-IS-Koalition 9
- EU Visum. 9
- Türkische Arbeiter im Irak entführt 9

Auf dem Weg zu Neuwahlen am 1. November

Auch wenn der Verlust der absoluten Mehrheit der AKP bei der Parlamentswahl am 7. Juni 2015 für viele eine Überraschung war, zeichnet sich ab, dass die Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse anhaltend sein könnte. Denn auch bei der für den 1. November vorgesehenen neuen Wahl wird erwartet, dass vier Parteien im Parlament vertreten sein werden. Unter diesen Voraussetzungen ist es für die AKP recht schwierig, erneut eine absolute Mehrheit zu erhalten, auch wenn davon ausgegangen wird, dass sie stärkste Partei bleibt. Der Prozess von gescheiterter Regierungsbildung zur Blitzwahl wird begleitet von einem Wiederausbruch der Kämpfe mit der PKK und verstärktem Druck auf die Medien.

Gescheiterte Regierungsbildung

Schon in der Wahlnacht begannen Spekulationen darüber, ob dieses Ergebnis zu vorgezogenen Neuwahlen führen werde. Der Wahlkampf war mit einer starken Polarisierung geführt worden. Im Frühjahr waren die Oppositionsparteien gemeinsam gegen das neue Gesetz zur inneren Sicherheit vorgegangen. Alle drei Oppositionsparteien hatten zudem die Kompetenzüberschreitungen des Staatspräsidenten, die Verschwendung öffentlicher Mittel sowie die Verhinderung der Korruptionsuntersuchung gegen vier frühere AKP-Minister auf die Tagesordnung gebracht. Unter diesen Voraussetzungen wurde davon ausgegangen, dass die Regierungsbildung schwierig würde.

Die CHP setzte zunächst darauf, dass ein Bündnis mit MHP und HDP eine Regierung ohne Beteiligung der AKP ermöglichen könnte. Sie verband dieses Konzept mit dem Ziel, eine „Restaurationsregierung“ zu bilden, welche die Beschädigung von öffentlichen Institutionen und Rechtssystem der vergangenen Jahre überwinden sollte. Andererseits stellte die MHP unmittelbar nach der Wahl klar, dass sie selbst nicht für eine Regierungsbildung zur Verfügung stehe, jede Berührung mit der HDP ablehne und ein Bündnis von AKP und CHP befürworte.

Staatspräsident Erdoğan wiederum erklärte, er werde den Auftrag zur Koalitionsverhandlungen erst vergeben, wenn das Parlamentspräsidium gebildet worden sei. Hier gelang es der AKP, mittels Tolerierung durch die MHP ihren Kandidaten zum Parlamentspräsidenten wählen zu lassen. In den ersten drei Wahlgängen unterstützte jede Partei ihren eigenen Kandidaten. Die MHP hatte Ekmeleddin İhsanoğlu, den gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten von CHP und MHP des vergangenen Jahres als Kandidat aufgestellt und erwartete, dass dieser von der CHP unterstützt werde. Diese wiederum hatte ihren früheren Vorsitzenden Deniz Baykal aufgestellt und erwartete Unterstützung von MHP und HDP. Da in der entscheidenden Stichwahl nur noch eine einfache Mehrheit erforderlich war, konnte sich İsmet Yılmaz durchsetzen.

Mit dem Sieg bei der Bildung des Parlamentspräsidiums gewann die AKP zweifellos wieder an Selbstvertrauen. Mit der Beauftragung von Ahmet Davutoğlu durch

Staatspräsident Erdoğan begann die 45tägige Frist zur Regierungsbildung. Dabei machte Erdoğan deutlich, dass er weder eine kurzfristige noch eine Koalitionsregierung befürwortete.

Es gelang Ahmet Davutoğlu mit einem Minimum an Gesprächen, die er über 40 Tage streckte, die Frist zur Regierungsbildung nahezu vollständig auszuschöpfen. Mit dem Schritt, die Regierungsbildung für gescheitert zu erklären, ohne zuvor den CHP-Vorsitzenden Kemal Kılıçdaroğlu mit der Regierungsbildung zu beauftragen, verstieß Erdoğan gegen parlamentarische Gepflogenheiten.

Stattdessen setzte er unverzüglich gemeinsam mit Parlamentspräsident Yılmaz die vorgezogene Neuwahl in Gang. Er geht damit als erster Staatspräsident, der ein Parlament auflöst, in die Geschichte der Türkei ein.

Die Verfassung sieht für den Fall vorgezogener Neuwahlen aufgrund einer gescheiterten Regierungsbildung eine Übergangsregierung vor, in der alle Parteien gemäß der Zahl ihrer Mandate im Parlament vertreten sein sollen. Entsendet eine Partei keine Kandidaten, sollen die unabhängigen Abgeordneten und schließlich unabhängige Persönlichkeiten berücksichtigt werden. Aufgrund der Verweigerung der Beauftragung zur Regierungsbildung erklärte die CHP, dass keiner ihrer Abgeordneten für ein Regierungsamt zur Verfügung stehe. Die MHP erklärte, dass sie an einer Regierungsbeteiligung nicht interessiert sei. Nur die HDP willigte ein, drei Minister zu entsenden.

Ahmet Davutoğlu erklärte jedoch, dass die Beauftragung von Ministern aus Reihen der Opposition nicht durch die Parteien zu entscheiden sei, sondern er geeignete Abgeordnete auswählen und diese direkt anfragen werde. Während die angefragten CHP-Politiker geschlossen das Angebot ausschlugen, nahm der MHP-Parlamentarier Tuğrul Türkeş, Sohn des Parteigründers Alpaslan Türkeş, das Angebot als Vizepremier in die Regierung einzutreten an. Unter den HDP-Ministerkandidaten lehnte der frühere EMEP-Politiker Levent Tüzel das Ministeramt ebenfalls ab und handelte sich dadurch eine harsche Kritik seiner neuen Partei ein.

Tuğrul Türkeş wurde unverzüglich aus der Partei ausgeschlossen und kandidiert nun für die AKP bei der kommenden Parlamentswahl. Die aufgrund der mangelnden Beteiligung von MHP und CHP frei gebliebenen Ministerposten wurden durch sogenannte unabhängige Persönlichkeiten besetzt, wobei sich unter ihnen auch ehemalige AKP-Minister befinden. Am 22. September erklärten auch die beiden HDP-Minister ihren Rücktritt, den sie mit Diskriminierung im Kabinett sowie der verstärkten Kriegspolitik der Regierung begründeten.

Kampf mit der PKK wieder aufgenommen

Überschattet wurde diese Entwicklung durch die Wiederaufnahme der Kämpfe mit der PKK. War der Waffenstillstand bereits seit der Wahl zunehmend brüchig geworden, so eskalierte die Lage ab dem 20. Juli 2015 schnell. Ein Selbstmordanschlag auf eine Gruppe junger Sozialisten, die zu einer Solidaritätsaktion ins syrisch-kurdische

Kobane aufgebrochen war, forderte 32 Menschenleben. Am gleichen Tag kam bei einem Feuergefecht zwischen PKK-Militanten und Sicherheitskräften in der Provinz Adiyaman ein Soldat ums Leben. Am 23. Juli wurden zwei Polizisten in ihrer Wohnung durch Genickschuss getötet. Zwar übernahm zunächst die PKK die Verantwortung, doch erklärte sie später, die Tat sei durch „lokale Kräfte“ ausgeführt worden. Am 24. Juli begann die türkische Luftwaffe PKK-Ziele im Irak zu bombardieren. Von diesem Zeitpunkt an war der Waffenstillstand nicht endgültig Makulatur geworden.

Die Entwicklung, die zur Aussetzung des Prozesses zur friedlichen Lösung des Kurden-Konflikts geführt hat, kann aus verschiedenen Perspektiven betrachtet werden. Einen schweren Rückschlag hatte der Prozess bereits im Herbst 2014 erlitten. Die Belagerung der von der kurdischen PYD verteidigten syrischen Stadt Kobane durch Milizen des „Islamischen Staat“ wurde von der türkischen Regierung zwar beobachtet, es wurde jedoch nicht eingegriffen. Aus Protest gegen diese Haltung rief die HDP am Opferfest zu Demonstrationen auf. Was dann am 6. und 7. Oktober 2014 geschah und zu 50 Todesopfern führte, ist bisher nicht wirklich aufgeklärt worden. Die türkische Hisbollah warf der PKK vor, ihre Anhänger angegriffen zu haben. Die HDP erklärte, es seien überwiegend ihre Anhänger Zielscheibe geworden.

Bis Dezember 2014 wurden die Gespräche zwischen Regierung und HDP sowie mit dem inhaftierten PKK-Führer Abdullah Öcalan beendet. Als sie im Dezember wieder aufgenommen wurden, hatten viele erwartet, dass Abdullah Öcalan zum kurdischen Neujahrsfest Newroz im März 2015 die PKK dazu aufrufen sollte, die Waffen niederzulegen. Dies war nach der sogenannten „Zehn-Punkte-Erklärung von Dolmabahçe“, einer gemeinsamen Erklärung von HDP, AKP und Regierung am 28. Februar, eigentlich vorgesehen.

Die gemeinsame Erklärung wurde jedoch von Staatspräsident Erdoğan zurückgewiesen, der zudem erklärte, es gäbe kein „Kurden-Problem“. Seit März wurden zudem die zuvor regelmäßig von einer HDP-Delegation geführten Gespräche mit Öcalan auf der Gefängnisinsel İmralı eingestellt. Die Isolation Öcalans stieß in kurdischen Kreisen auf zunehmende Proteste. Insbesondere nach der Parlamentswahl vom 7. Juni fanden regelmäßig Protestkundgebungen in südostanatolischen Städten statt. Hinzu kamen sich verschärfende Warnungen der PKK-Führung, die Aufklärungsflüge und Operationen der Sicherheitskräfte als Vorbereitung für einen Angriff bewertete.

Der Bombenangriff von Suruç ist vor diesem Hintergrund vermutlich nur ein Auslöser gewesen. Auf der anderen Seite bleibt die Frage offen, warum die türkische Regierung gerade zu diesem Zeitpunkt auf eine Rückkehr zu den Kämpfen setzte. Die Positionierung von Staatspräsident Erdoğan seit März 2015 wurde von zahlreichen Kommentatoren im Zusammenhang mit der bevorstehenden Parlamentswahl interpretiert. Ein nationalistisches Auftreten sollte demnach der MHP Stimmen abjagen.

Es zeigte sich jedoch, dass die Zugewinne von früheren MHP-Wählern die Abwanderung von Kurden zur HDP

nicht aufwog. Der HDP gelang deutlich der Sprung über die 10prozentige Sperrklausel und dies führte zum Verlust der absoluten Mehrheit der AKP.

Vor diesem Hintergrund wurde die Rückkehr zur Gewalt auch als ein Versuch gedeutet, die HDP wieder unter die 10 Prozent Hürde zu drücken. Für die AKP würde das Scheitern der HDP eine große Chance für die Erringung einer absoluten Parlamentsmehrheit bedeuten.

Die HDP wiederum hat sich unverzüglich vehement für eine sofortige Einstellung der Kampfhandlungen eingesetzt. HDP-Politiker haben zusammen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen immer wieder versucht, als „lebendige Schutzschilder“ Kampfhandlungen zu verhindern. Auf der anderen Seite wird die HDP von AKP und MHP als „politischer Arm der PKK“ bezeichnet. Folgt man den im September veröffentlichten Wahlumfragen, so hat diese Argumentation bislang jedoch nur geringe Auswirkung auf kurdische Wähler, die das Rückgrat der HDP bilden.

Auf der anderen Seite stellt sich die Frage, warum sich die PKK im Sommer zu einer Konfrontationstaktik entschloss und diese beharrlich fortführt. Bisher war davon ausgegangen worden, dass die PKK aufgrund ihrer Unterstützung der PYD in Syrien einen bedeutenden Anteil ihrer Militanten dort einsetzt. Zudem hat sie mit ihrem Beitrag zur Rettung der Yesiden im Irak vom „Islamischen Staat“ im vergangenen Jahr beträchtliche Legitimationsfortschritte bei der internationalen Öffentlichkeit erzielt, die nun durch die Anschläge gefährdet werden. Einige Kommentatoren gehen davon aus, dass jedoch gerade die Priorität, die westliche Staaten auf die Bekämpfung des IS setzen und der Tatsache, dass zurzeit die Kämpfe am Boden vor allem mit kurdischen Milizen geführt werden, die PKK dazu verleitet habe, sich für unersetzbar zu halten.

Die Kämpfe werden mit äußerster Härte geführt. Anders als in den Jahren zuvor spielen sie sich nicht nur im Hinterland sondern auch in den Städten ab und bergen darum das Risiko hoher ziviler Verluste. Zwar konzentriert sich die PKK bei ihren Anschlägen auf die Sicherheitskräfte und die Infrastruktur, doch werden dabei immer wieder auch Unbeteiligte getötet oder verletzt.

Die Sicherheitskräfte haben in vielen Gebieten der Türkei Sicherheitszonen eingerichtet. Von kurdischer Seite wird der Vorwurf erhoben, dass bei Bombenangriffen und Artilleriebeschuss sowohl im Irak als auch in der Türkei Zivilisten getötet wurden. Als besonders einschneidend erweisen sich Ausgangssperren, wie sie insbesondere in Cizre (Provinz Şırnak) und Sur (Provinz Diyarbakır) verhängt wurden. In Cizre wurden bei einer 8tägigen Ausgangssperre mehr als 20 Zivilisten getötet. Ausgangssperren, Kämpfe und Sicherheitszonen führen zu einer Flucht der Bevölkerung, öffentliche Dienstleistungen wie Gesundheitswesen und Bildung sind stark eingeschränkt.

Die militärischen Konfrontationen werden politisch an vielen Orten in den Südost-Provinzen von „Selbstverwaltungs-Deklarationen“ begleitet. Diese tragen meist die Botschaft, dass staatliche Stellen und Institutionen nicht

mehr anerkannt werden. An manchen Orten wurde auch zur „Selbstverteidigung“ aufgerufen. An dieser Stelle haben PKK-Medien die HDP kritisiert, sie vertrete beide Konzepte nicht konsequent genug. Es sei Zeit, sich aus dem Parlament zurückzuziehen. Die HDP wiederum vertritt das Konzept einer Stärkung der „kommunalen Selbstverwaltung“ schon lange. Gleichwohl ist nicht eindeutig, wie sie als Partei zu den Autonomiedeklarationen und zur Selbstverteidigung steht. Aber der Gewaltverzicht bleibt eine klare Forderung der HDP.

Die hohe Anzahl Gefallener hat zu gesellschaftlichen Reaktionen geführt, von denen nicht immer klar ist, inwieweit sie spontaner Natur sind. Insbesondere nach zwei schweren Bombenanschläge in Dağlica (Provinz Hakkari) am 7. September und Iğdır am 8. September 2015 mit insgesamt 25 getöteten Angehörigen der Sicherheitskräfte kam es in vielen Teilen des Landes zu Protestkundgebungen, bei denen Kurden angegriffen und HDP-Parteibüros angezündet oder mit Steinen beworfen wurden. Allein in der Nacht des 9. Septembers sind HDP-Angaben zufolge 128 Büros angegriffen worden. In Pressekommentaren wurde anschließend von der „Reichskristallnacht“ in der Türkei gesprochen.

Spannungen und Druck auf die Medien

In der Phase nach der Parlamentswahl vom 7. Juni und der Ansetzung einer Neuwahl hat sich mit dem Ausbruch der Kämpfe mit der PKK der Druck auf die Medien deutlich erhöht und neue Formen angenommen. Während seit dem Amtsantritt von Staatspräsident Erdoğan eine deutliche Zunahme von Strafverfahren wegen „Beleidigung des Staatspräsidenten“ zu beobachten ist, wurden im September zudem Ermittlungen gegen die Mediengruppe der Doğan Holding eingeleitet. Einen Gipfel erreichte der Druck mit dem Angriff auf das Verlagsgebäude in Istanbul nach einer Protestdemonstration, an der auch der AKP-Abgeordnete Abdurrahim Boynukalin teilgenommen hatte. Eine besondere Größenordnung hatte am 29. September die Durchsuchung der kurdischen Nachrichtenagentur Dicle (DIHA) und der Zeitung Azadiya Welad, bei denen 32 Journalisten festgenommen wurden. Den Berichten von Anwälten zufolge erfolgten die Durchsuchungen und Festnahmen ohne richterliche Anordnung aufgrund „ausreichenden Verdachts“.

Die Angriffe auf das Hürriyet Gebäude sowie auf ein CHP-Büro in Ankara wurde mit den „Osmanlı Ocakları“ (etwa: Osmanische Jugend) in Verbindung gebracht. Zwar erklärt die AKP, dass diese Organisation keine Verbindung zur Partei habe, doch gibt es Hinweise, dass sie an der Gründung beteiligt war. Die die AKP hatte bei den Gezi Park Protesten erklärt, sie könne ihre Anhänger nur schwer zurückhalten, ebenfalls auf die Straße zu gehen. Nun sind die Osmanlı Ocakları der erste Hinweis einer Verbindung der AKP mit einer gewalttätigen Organisation in der Türkei.

Die Osmanlı Ocakları wurden 2009 gegründet und geben an, dass sie durch die Renaissance der osmanischen Werte, die insbesondere durch Recep Tayyip Erdoğan verkör-

pert werde, inspiriert sei. In den Quellen über die Organisation werden sie aber auch mit den Jugendorganisationen von MHP und BBP verglichen. Sie selbst bezeichnen sich als „Soldaten Erdoğan“. Ihr Vorsitzender A. Kadir Canpolat soll einen Hintergrund in der BBP Alperen Organisation haben und wurde im Zusammenhang mit Attentatsvorbereitungen gegen den Papst verhört, jedoch wieder freigelassen. Ob und in welchem Maße die Organisation an den Vorfällen beteiligt ist, ist nicht belegt. Auch über den Stand der strafrechtlichen Ermittlungen wegen der Angriffe auf die Hürriyet sowie das CHP-Büro in Ankara wurden bisher keine Angaben gemacht.

Ein anderes Beispiel für die offene Gewalt gegen Journalisten ist der Überfall auf den Kolumnisten der Tageszeitung Hürriyet, Ahmet Hakan. Er wurde im Anschluss an eine Fernsehsendung, die er moderiert hatte, von vier Personen verfolgt und vor seiner Wohnung angegriffen. Er erlitt einen Nasenbeinbruch und trug gebrochene Rippen davon. Die Täter wurden festgenommen. Die Umstände der Tat deuten darauf hin, dass es sich um einen geplanten Angriff handelte. Zu den Hintergründen liegen keine Angaben vor. Drei der Angreifer waren AKP-Mitglieder, jedoch wurde unverzüglich ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet. Der Angriff wurde von allen Parteien verurteilt, doch er ist zugleich ein Spiegel für das Klima, das durch die politischen Auseinandersetzungen erzeugt wurde.

Mit dem Verhindern des Erscheinens der Zeitschrift Nokta im September wurde erstmals wieder ein Publikationsverbot verhängt. Hintergrund war das Titelbild der Zeitschrift, das Staatspräsident Erdoğan zeigt, wie er vor dem Hintergrund des Sarges eines Gefallenen ein „Handy-Selfi“ macht. Das Publikationsverbot wurde mit Beleidigung des Staatspräsidenten begründet. Der Chefredakteur der Zeitschrift wurde vorübergehend festgenommen, nach seiner Aussage jedoch wieder freigelassen.

Eine weitere neue Entwicklung im Hinblick auf die Medienfreiheit sind Maßnahmen von Service Providern gegen oppositionelle Medien im Internet. Die Tageszeitung Cumhuriyet stellte beispielsweise fest, dass ihre Webseite über die Infrastruktur der Türk Telekom, dem Marktführer auf dem türkischen Internetmarkt, nicht erreichbar war. Auch wird der Verdacht geäußert, dass einzelne Provider begonnen hätten, soziale Medieninhalte zu filtern. Die digitale Fernsehplattform der Türk Telekom soll damit begonnen haben, der Gülen Gemeinschaft nahestehende Medien wie Bugün TV aus dem Programm genommen zu haben. Eine Rechtsgrundlage für die Eingriffe gibt es nicht und sie erfolgen ohne Kenntnis der Nutzer.

Eine weitere Welle von Zensur durch offizielle Blockadebeschlüsse, die sich nicht wie gesetzlich vorgesehen auf einzelne Inhalte, sondern gegen ganze Sites richteten, ergoss sich nach der Wiederaufnahme der Kämpfe mit der PKK auf linke und kurdische Nachrichtensites. Sendika.org und BestaNuce1.com wurden wochenlang gesperrt. Sie versuchten, die Sperren durch Friedensgerichte zu unterlaufen, in dem sie ihre Domainnamen um Zahlen erweiterten, die mit einiger Zeitverzögerung wieder-

um gesperrt wurden. Durch die Sperrung der Webseiten wurde es sehr schwierig, Informationen über die Lage in den Südost-Provinzen und die dortigen Operationen der Sicherheitskräfte zu erhalten.

Ausblick auf einen kurzen Wahlkampf

Die Türkei erlebt erstmals eine vom Staatspräsidenten aufgrund einer gescheiterten Regierungsbildung ausgelöste Parlamentswahl. Für eine solche Wahl sieht die Verfassung vor, dass das nationale Wahlkomitee die Fristen verkürzen kann. Aufgrund von Sommerferien und Opferfest begann der eigentliche Wahlkampf darum erst Ende September. Doch für die Parteien mag auch eine Rolle gespielt haben, dass sie dieses Mal keine zusätzliche Parteienfinanzierung erhalten. Da eine zweite Parlamentswahl in den Budgets der Parteien für 2015 nicht vorgesehen war, müssen sie dieses Mal weit sparsamer agieren. Eine Ausnahme stellt vielleicht die HDP dar, denn diese war bisher ohnehin von der staatlichen Förderung ausgeschlossen. Vor diesem Hintergrund dürfte die Kritik am vorherigen Wahlkampf, dass die AKP staatliche Ressourcen für Wahlkampffzwecke einsetzte, bei dieser Wahl im Hinblick auf die Chancengleichheit der Parteien möglicherweise eine noch größere Bedeutung erhalten.

Während Wahlumfragen darauf hindeuten, dass sich vermutlich nur geringe Veränderungen am Ergebnis der nur 4 Monate zurückliegenden Wahl ergeben, bleibt den Parteien auch nur wenig Zeit für den Wahlkampf. Als erste Partei legte die CHP am 30. September ihr Wahlprogramm vor, so dass von einem regelrechten Wahlkampf nur im Oktober gesprochen werden kann.

Dabei wird voraussichtlich ebenso sehr über die Umstände der Wahl gesprochen werden, wie über parteipolitische Inhalte. Aufgrund der Kämpfe und der starken Anfeindung der HDP sind die Bedingungen eines normalen Wahlkampfes in vielen Landesteilen nicht gegeben. Lokale Wahlkomitees haben beschlossen, Wahllokale zu verlegen, weil deren Sicherheit nicht gewährleistet werden könne. Das Nationale Wahlkomitee beschloss jedoch, dass für eine solche Maßnahme die Rechtsgrundlage fehlerhaft und ordnete an, dass die Wahllokale in den Abstimmungsbezirken eingerichtet werden müssen. Umgekehrt diskutierte die HDP, ob sie überhaupt Wahlkundgebungen durchführen könne, nachdem unmittelbar vor der Wahl vom 7. Juni ein Bombenanschlag auf ihre Abschlusskundgebung in Diyarbakır verübt worden war. Seit der letzten Wahl soll die Zahl der Anschläge auf HDP-Büros mehr als 400 erreicht haben.

Zu den Wahlschwerpunkten gehört neben sozialen Fragen wie die Verbesserung von Renten, Mindestlohn und der wirtschaftlichen Lage junger Menschen vor allem auch die innere Sicherheit. Gleichwohl ist vorhersehbar, dass der Prozess zur friedlichen Lösung des Kurdenkonflikts sowie die innere Sicherheit eine zentrale Stellung im Wahlkampf einnehmen werden. Am stärksten betont wurde dies bei der Präsentation des Wahlprogramms der MHP. Sie lehnt Verhandlungen mit der PKK ab und macht die Regierung für die Kämpfe verantwortlich. Die AKP

stellt die innere Sicherheit in den Vordergrund, kündigt aber auch eine neue Verfassung an, mit der die Systemprobleme der Türkei gelöst werden sollen. Die HDP unterstreicht mit einem Programm, das neben demokratischen Punkten auch wirtschaftspolitische Akzente setzt, nicht nur eine Kurden-, sondern eine Partei des ganzen Landes zu sein. Die CHP positioniert sich weit stärker als früher zum Kurden-Konflikt. Sie wird in zunehmendem Maß zur einzigen Partei, die in der Lage ist, mit allen anderen voraussichtlich in das Parlament einziehenden Parteien eine Koalition bilden zu können.

Zu den wichtigen Akteuren der Wahl wird vermutlich wieder Staatspräsident Erdoğan werden. Er hat angekündigt, nicht im gleichen Ausmaß wie beim vorangegangenen Wahlkampf eingreifen zu wollen, doch habe er auch nicht die Absicht, sich zu verstecken. Auf der anderen Seite bemüht er sich, den Eindruck zu widerlegen, Hauptverantwortlicher für die neue Wahl zu sein. Vor diesem Hintergrund ist es nicht unwahrscheinlich, dass er im bevorstehenden kurzen Wahlkampf vielleicht sogar eine noch bedeutendere Rolle spielen wird, als im vorangegangenen.

Syrische Flüchtlinge

Seit Ausbruch des Bürgerkriegs in Syrien hat die Türkei knapp 2 Millionen Flüchtlinge allein aus Syrien aufgenommen. Die Flüchtlinge haben zwar ein Bleiberecht, doch nur rund 260.000 von ihnen werden in Lagern versorgt. Die übrigen Flüchtlinge leben schwerpunktmäßig in den grenznahen Regionen. Ihre Lebensbedingungen sind schwierig. Weil sie bisher keine Arbeitserlaubnis erhalten, sind sie für ihren Lebensunterhalt auf Schwarzarbeit angewiesen. Die Zunahme der Bevölkerung hat in Gebieten mit hohem Flüchtlingsanteil die Mieten nach oben getrieben, während aufgrund der Schwarzarbeit die Löhne sinken. Registrierte Flüchtlinge haben zwar ein Anrecht auf medizinische Versorgung, aber es gibt dabei hohe Verständigungsprobleme. Die Kinder der Flüchtlinge unterliegen nicht der Schulpflicht und es wurden bisher vor allem in den Lagern und in einigen Städten Schulumöglichkeiten geschaffen. Hunderttausende von Kindern erhalten jedoch keine Ausbildung.

In diesem Jahr hat die Situation endlich größeres internationales Interesse gefunden, weil Tausende von syrischen Flüchtlingen über die Ägäis nach Europa weiterziehen. Da kein Ende des Bürgerkriegs in ihrer Heimat absehbar ist und sie in der Türkei keine Lebensperspektive sehen, wollen sie in sichere Länder, von denen sie sich insbesondere eine bessere Zukunft für ihre Kinder versprechen.

Diese Entwicklung führte dazu, dass eine hohe Zahl von Flüchtlingen in Izmir und den Urlaubsorten an der Ägäis eintrafen. Einer der Zielorte war Bodrum, das Herz des türkischen Inlandtourismus. Dort entstand ein bizarres Bild von Menschen, die auf eine Gelegenheit warteten, mit einem Boot zur griechischen Insel Kos überzusetzen, zwischen den Villen und Aktivitäten der Urlauber. Gleichwohl wurden sie überwiegend geduldet und auch der Plan in Izmir, die Flüchtlinge in einem Stadion zu sammeln, um sie in die Flüchtlingslager im Südosten der Türkei zu bringen,

wurde nicht umgesetzt. Demgegenüber tat die türkische Küstenwache ihr Möglichstes, um Schiffbrüchige aufzunehmen und den Menschenschmuggel zu unterbinden. Dennoch sind Dutzende von Flüchtlingen beim Versuch die griechischen Inseln zu erreichen, ertrunken.

Angesichts der Erfolge, die einige Flüchtlingsgruppen, die sich an den Grenzen auf dem Balkan sammelten, durch ihre Proteste erzielten, fand auch eine solche Versammlung in Edirne statt. Hier sammelten sich vor dem Opferfest mehrere hundert Flüchtlinge, um eine Aufnahme durch europäische Staaten zu erreichen. Sie kehrten zurück, nachdem sich keine kurzfristige Aufnahmeperspektive zeigte und Ministerpräsident Davutoğlu in einem Gespräch mit ihren Vertretern zugesichert hatte, er werde sich bei seinen europäischen Amtskollegen um eine Lösung bemühen.

Die EU-Kommission prüft nun Möglichkeiten, wie sie die Türkei im Hinblick auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der Flüchtlinge unterstützen kann. Im Gespräch ist eine Hilfe in Höhe von einer Milliarde Euro. Dies ist im Vergleich zu den 2,2 Mrd. Dollar, die die Türkei allein von 2011-2014 für die syrischen Flüchtlinge eingesetzt hat, nicht unbedingt viel.

Doch selbst, wenn die Türkei die EU-Hilfe und die daran geknüpften Bedingungen annehmen sollte, fehlt es an einer Flüchtlingspolitik, die die alltäglichen Probleme der Flüchtlinge lösen könnte. Die Hoffnung, das Problem an die Türkei delegieren zu können, könnte sich schnell als wenig haltbar erweisen.

Innenpolitik

Erdoğan bestimmte AKP-Parteitag – in Abwesenheit

Auch nach der Übergabe der Parteiführung der AKP an Ahmet Davutoğlu ist Staatspräsident Erdoğan „natürlicher Führer“ der AKP. Dies bringt ihn in Konflikt mit seiner verfassungsmäßigen Rolle und seinen Kompetenzen, denn ein Staatspräsident verliert mit seiner Wahl jede Bindung an seine frühere Partei. Ihm ist auferlegt, unparteiisch zu sein und damit auch, zu allen Parteien den gleichen Abstand zu wahren.

Beim AKP-Parteitag am 12. September 2015 wurde das Gewicht Erdoğan ein weiteres Mal stark spürbar. Im Vorfeld des Parteikongresses tauchten zwei Gerüchte auf. Zum einen, dass eine Meinungsverschiedenheit zwischen Davutoğlu und Erdoğan über die Besetzung des Parteirat bestünde und zum anderen, dass der Berater des Staatspräsidenten Binali Yıldırım als Gegenkandidat gegen den Parteivorsitzenden antreten werde. Kurz vor dem Parteitag legte Davutoğlu die Parteiratsliste dem Staatspräsidenten vor. Wiederum Gerüchten zufolge wurden gravierende Änderungen vorgenommen, die dazu führten, dass Ahmet Davutoğlu seine Kandidaten nicht platzieren konnte. Auf dem Parteitag fand eine Gegenkandidatur nicht statt. Kolumnisten der AKP-nahen Zeitung Yeni Şafak beschrieben den Prozess als einen Erfolg, der eine Spaltung der Partei vermieden hätte.

Das Dilemma von Ahmet Davutoğlu, der immer wieder beteuert, in Erdoğan eine Art Mentor zu sehen, ist groß. Auf der einen Seite ist er für das Wahlergebnis der Parlamentswahl verantwortlich. Um erfolgreich zu sein, muss er Profil zeigen und aus dem Schatten Erdoğan treten. Doch genau dies erscheint angesichts der Dominanz Erdoğan nicht möglich.

Mit dem Parteitag vollzog sich ein weiterer Wandel der Partei. Die Regel, der zufolge Parlamentarier nur drei Amtszeiten im Parlament sitzen dürfen, wurde etwas flexibilisiert. Gleichwohl wurde die Gründungsriege der Partei weitgehend aus Entscheidungspositionen gedrängt. Weder Bülent Arınç noch Ali Babacan wurden in den Parteirat gewählt, wobei letzterer auf Drängen immerhin einer Parlamentskandidatur zustimmte.

Pride Parade in Istanbul von der Polizei aufgelöst

Die in vielen Ländern von Homosexuellen durchgeführte Pride Parade fiel in diesem Jahr mit dem Ramadan Feiertagen zusammen. Die für den 28. Juni vorgesehene Parade wurde durch die Polizei mit Tränengas und Wasserwerfern aufgelöst. Die Veranstalter erklärten, dass die Pride Parade seit 2003 in Istanbul ohne Zwischenfälle durchgeführt wurde. Auch im Jahr zuvor war die Parade mit dem Ramadan Feiertagen zusammengefallen, gleichwohl habe es bei der Genehmigung keine Probleme gegeben. Die Provinzverwaltung wiederum begründete den Polizeieinsatz damit, dass für die Veranstaltung keine Genehmigung eingeholt worden sei.

MHP-Kampagne zu den Uiguren in China

Während des Ramadan führte die MHP eine Solidaritätskampagne mit den Uiguren in China durch. Hintergrund ist der Vorwurf, dass die Angehörigen dieses muslimischen Turk-Volkes am Fasten gehindert würden. Zwar wies die chinesische Regierung diese Behauptung zurück, doch gilt die Lage der Uiguren seit Jahren als schwierig.

Im Zuge dieser Kampagne wurden auch Demonstrationen durchgeführt. Am Rande einer durch das Tourismusgebiet am Sultan Ahmet Platz in Istanbul führenden Demonstration wurden asiatisch aussehende Touristen angegriffen. Ein weiterer Vorfall, bei dem wiederum Touristen angegriffen wurden, ereignete sich wieder in Istanbul am Dolmabahçe Palast.

Die Proteste ereigneten sich im Vorfeld des China-Besuchs von Staatspräsident Erdoğan, der die Anschuldigungen gegen China zurückwies. Unmittelbar darauf veröffentlichte die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu Ajans die Meldung, dass die Uiguren nicht am Fasten gehindert würden.

Konflikt um Nachhilfesschulen geht weiter

Zum Schuljahreswechsel lief die Erlaubnis für die Erteilung privaten Nachhilfeunterrichts für die „Dershane“ genannten Schulen aus. Sie sollten entweder in Privatschulen umgewandelt werden oder schließen. Hintergrund war, dass im Konflikt mit der Gülen Gemeinschaft die AKP nach einem Weg suchte, die Gemeinschaft von einer wesentlichen Finanzquelle abzuschneiden.

Mitte Juli hob jedoch das Verfassungsgericht wesentliche Bestimmungen des Schließungsgesetzes gegen die Dershane auf. Während im Zuge der Kampagne gegen die Gülen Gemeinschaft Dutzende von Nachhilfeschoolen im ganzen Land polizeilich durchsucht wurden, kündigte das Bildungsministerium an, trotzdem Einschränkungen beim Nachhilfeunterricht vorzunehmen.

Unterdessen hat das Bildungsministerium jedoch keinen plausiblen Ersatz für die Nachhilfeschoolen, die vor allem auf die Übergangsprüfungen zu den Oberschoolen sowie zur Universität vorbereiten, vorgelegt. Viele Eltern sind ratlos und es wird der Vorwurf erhoben, dass die Ungewissheit vor allem dazu führen werde, einen „grauen Markt“ für Bildungsangebote zu schaffen.

Zentrale Anklageschriften gegen die Gülen Gemeinschaft vorgelegt

Ende September reichte die Staatsanwaltschaft ihre Anklageschrift zur Tahşiye Untersuchung ein. Die Tahşiye Gruppe wird beschuldigt, eine bewaffnete Terrororganisation zu sein. In ihrer neuen Anklageschrift kommt die Staatsanwaltschaft jedoch zu dem Schluss, dass die Beweise im Verfahren gegen Tahşiye Mitglieder auf Anweisung von Fetullah Gülen gefälscht wurden. Im Zuge der neuen Tahşiye Ermittlung wurden im Dezember 2014 mehrere Journalisten festgenommen und verhört, darunter der Chef der Samanyolu Medienholding Karaca sowie der Chefredakteur der Tageszeitung Zaman, Dumanlı. Karaca, der seitdem in Untersuchungshaft sitzt, und Dumanlı werden zusammen mit zahlreichen weiteren Angeklagten vorgeworfen, Mitglieder in einer Terrororganisation zu sein. Konkret sollen sie durch Artikel und eine Fernsehserie dazu beigetragen haben, die Beschuldigung gegen die Tahşiye Gruppe plausibel zu machen.

In der Anklageschrift gesteht die Staatsanwaltschaft jedoch ein, dass sie keine Beweise dafür habe, dass die Gülen Bewegung „Gewalt und Zwang“ einsetzt – beides zentrale Tatbestandsmerkmale für den Terrorismusvorwurf. Auch kann sie nicht beweisen, dass die Polizisten die Beweismittel wirklich der Tahşiye Gruppe untergeschoben haben.

Zudem wurde Ende September die Anklageschrift wegen der Korruptionsermittlung vom Dezember 2013 fertiggestellt, in der der Gülen Bewegung vorgeworfen wird, die Korruptionsvorwürfe erfunden zu haben, um die Regierung zu stürzen. Die Anklageschrift wird erst veröffentlicht, wenn sie vom zuständigen Gericht akzeptiert wird, doch sind Teile davon bereits bekannt geworden. Unter den 69 Personen, gegen die Anklage erhoben werden soll, wird als Hauptverantwortlicher Fetullah Gülen genannt. Da die Untersuchung der Korruptionsvorwürfe unterbunden wurde, ist äußerst wahrscheinlich, dass die Anklage zu einer politischen Polemik führen wird. Bereits in ersten Reaktionen wird auf die Parteilichkeit des Staatsanwaltes und einige grotesk anmutende Formulierungen hingewiesen. So soll der Staatsanwalt Anleihen bei Tolkiens „Herr der Ringe“ gemacht haben und sich für ein Präsidentschaftssystem sowie gegen Koalitionsregierungen ausgesprochen haben.

Freisprüche im Poyrazköy und im Fenerbahçe Verfahren

Das Poyrazköy Verfahren, bei dem es im Kern um Muniton ging, die in dem gleichnamigen Dorf am Rande Istanbuls gefunden wurde, sowie eine Reihe damit verknüpfter Verfahren endete mit Freispruch für alle Angeklagten. Im Grunde handelte es sich um einen Ausläufer des Ergenekon Verfahrens und zielte darauf, dass Militär, Sicherheitskräfte und einige zivilgesellschaftliche Organisationen einen Staatsstreich vorbereitet hätten. In diesem Verfahren waren die Angeklagten zunächst schuldig gesprochen und der Schuldspruch vom Kassationsgerichtshof bestätigt worden. Erst nachdem das Verfassungsgericht auf dem Weg des individuellen Beschwerdeverfahrens die Wiederaufnahme des Verfahrens angeordnet hat, wurden Einsprüche der Verteidigung, dass die der Verurteilung zugrunde liegenden Beweise gefälscht seien, geprüft. Als sich herausstellte, dass die Beweise tatsächlich gefälscht waren, erfolgten die Freisprüche.

Eine ähnliche Entwicklung steht nun wohl auch im Verfahren der Manipulation von Fußballspielen bevor, bei dem unter anderem der Vereinspräsident des populären Fenerbahçe Clubs Aziz Yıldırım verurteilt wurde. In ihrem Schlussplädoyer forderte die Staatsanwaltschaft Freispruch für alle Angeklagten, da die der früheren Verurteilung zugrundeliegenden Beweismittel illegal beschafft wurden.

Während auf der einen Seite die Justiz eingesteht, dass gegen hunderte von Menschen mit gefälschten oder illegal beschafften Beweisen Verfahren geführt wurden und Verurteilungen erfolgten, bleiben die Hintergründe weitgehend im Dunkeln. Im Hinblick auf das Balyoz Verfahren wurde zwar der Journalist, der mit der Übergabe der gefälschten Beweise das Verfahren in Gang gesetzt hatte, verhaftet. Doch wie er zu diesen gefälschten CDs gekommen ist, bleibt weiterhin unbekannt. Dies gilt genauso für die Behandlung der Einsprüche der Verteidigung, die in allen angesprochenen Verfahren auf die Fälschungen hingewiesen hat und dazu auch Gutachten vorlegte.

Umweltschutzkonflikt am Schwarzen Meer

Seit einigen Jahren ist die Schwarzmeer-Region Schauplatz von vielen lokalen Protesten gegen Landschaftsvernichtung. Sie richten sich vor allem gegen Staudamm- und Bergbauprojekte. Mit dem Projekt, einen „grünen Weg“, der auf einer Länge von 2.600 km die Almen der Schwarzmeerküste miteinander verbinden soll, ist nun eine neue Protestbewegung entstanden. Umweltschützer wenden ein, dass das Ziel der Tourismusförderung wenig plausibel sei. Demgegenüber würde die sensible Ökologie des Hochgebirges verwüstet und das Gelände der Almen für die Bebauung freigegeben. Die Flutkatastrophe von Hopa in der Provinz Artvin im August ist Kritikern der aktuellen Politik zufolge keine „Naturkatastrophe“, sondern eine direkte Folge der planlosen Eingriffe in die Natur. Tatsächlich führten Einwohner der Stadt die Überschwemmung darauf zurück, dass im Zuge von Flussbettsanierungen deren Lauf verengt wurde.

Zwar bewirkten die Proteste einen vorübergehenden Baustopp, der jedoch wieder aufgehoben wurde.

Wirtschaft

Wachsende Probleme mit der Geldwertstabilität

International haben die Währungen der Schwellenländer aufgrund der erwarteten Zinserhöhung in den USA sowie aufgrund nachlassenden globalen Wachstums nachgebende Rohstoffpreise deutlich nachgegeben. Zu den Währungen mit dem höchsten Wertverlust gehört die Türkische Lira (TL). Mehr als 30 Prozent gegenüber dem Dollar und 25 Prozent gegenüber dem Euro haben alle Erwartungswerte überschritten. Als Hintergrund für den schnelleren Wertverlust werden neben geringen Zentralbankreserven vor allem politische Ungewissheiten und die Verschlechterung des Image der Türkei gesehen. Dabei vermittelt die Türkische Zentralbank den Eindruck, aufgrund von politischem Druck ihrer eigentlich autonomen Funktion zur Sicherung der Geldwertstabilität nicht mehr nachzukommen.

Der Wertverlust der TL hat verschiedene Folgen – insbesondere für die Inflation. Importprodukte spielen nicht nur für die Industrie eine wichtige Rolle, sondern auch für die Landwirtschaft. Die Folge sind bedeutende Preissteigerungen, vor allem bei Lebensmitteln. Hatten Ökonomen sich einen positiven Einfluss aufgrund nachgebender Öl- und Gaspreise erhofft, ist dieser Effekt durch die Abwertung weitgehend aufgehoben. Auch die Hoffnung, dass die schwächere Türkische Lira Vorteile beim Export erbrächten, erwies sich als trügerisch. Der Export ist nicht nur auf Dollar-Basis, sondern auch mengenmäßig zurückgegangen. Hintergrund sind Probleme bei wichtigen Exportmärkten der Türkei: den Bürgerkriegen im Irak und in Syrien, diplomatische Spannungen mit Ägypten, eine schwächelnde europäische Wirtschaft und eine durch schwache Ölpreise und Boykott gedrosselte russische Wirtschaft.

Auch wenn die internationalen Ratinginstitute bisher die Kreditnote der Türkei unangetastet ließen, mehren sich die Warnungen, dass insbesondere die Verschuldung von Unternehmen auf Devisenbasis zu Problemen führen könnte. Zum einen erhöht sich die Verschuldung dieser Unternehmen in den in TL geführten Bilanzen, zum anderen können für Unternehmen, die ihren Umsatz vor allem in TL machen, tatsächlich höhere Tilgungen entstehen. Der IMF weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sich die Relation von Schulden zum Eigenkapital in der Türkei nach China mit 23 Prozent am stärksten verschlechtert habe.

Zunehmender wirtschaftlicher Pessimismus

Die stärksten Auswirkungen haben diese Probleme auf psychologischem Niveau. Alle Vertrauensumfragen – von der Industrie über Handel und Dienstleistungen bis hin zu den Verbrauchern zeigen Tiefststände. Neben den genannten Faktoren spielen dabei auch die Verunsicherung über die Kämpfe in der Türkei sowie die gescheiterte Re-

gierungsbildung dafür eine Rolle. Hinzu kommt, dass mit einem nachlassenden Wirtschaftswachstum ein Anstieg der Arbeitslosigkeit verbunden ist. Angesichts nachlassender Exporte ist die türkische Wirtschaft stärker als zuvor auf die Inlandsnachfrage angewiesen, die jedoch angesichts gesunkenen Verbrauchervertrauens und nachlassender Kaufkraft beeinträchtigt wird.

Gleichwohl wäre es trotz der Krisenstimmung falsch, von einer tiefer gehenden strukturellen Krise zu sprechen. Nach wie vor liegen die Wachstumserwartungen für die türkische Volkswirtschaft zwischen 2-3 Prozent. Während einige Negativfaktoren auf die weltweite Konjunkturerwicklung zurückzuführen sind, könnten andere direkt durch türkische Politik beeinflusst werden. Dies gilt für seit Jahren aufgeschobene Wirtschaftsreformen, eine Verbesserung des Dialogs mit den Sozialpartnern sowie für eine Neujustierung der Außenpolitik, die insbesondere den Handel mit Nahost-Ländern beleben könnte. Zudem werden große Hoffnungen auf eine Intensivierung des Handels mit dem Iran nach Aufhebung der Sanktionen gesetzt.

Druck auf Wirtschaftsunternehmen

Durchsuchungen und Festnahmen von bekannten Unternehmensgruppen, die darauf gerichtet sind, die Finanzquellen der Gülen Bewegung unter Kontrolle zu bringen, tragen zur weiteren wirtschaftlichen Verunsicherung bei. Die Durchsuchungen bei der Koza Ipek, der Boydak und der Kaynak Holding, die äußerst öffentlichkeitswirksam gestaltet wurden, mögen eine strafrechtliche Legitimation gehabt haben, wirkten jedoch gegenüber Unternehmen mit mehreren Tausend Mitarbeitern in ihrer Form unangemessen. Ähnlich wie die Überführung der Bank Asya in den Guthabenversicherungsfond TMSF wurden die genannten Ermittlungen gegen die Unternehmen als politisch motiviert kritisiert und auf die negative Wirkung auf die Wirtschaft hingewiesen.

Schwierige Tourismus-Saison

Der Tourismus hat für die Türkei in zweifacher Hinsicht einen bedeutenden Stellenwert. Zum einen verfügt er über einen vergleichsweise hohen Anteil inländischer Wertschöpfung. Zum anderen trägt er regional bedeutend zum Einkommen bei. Dabei wurde in diesem Jahr der Saison mit Bangen entgegengesehen. Russland ist der zweitgrößte Markt des türkischen Tourismus und erlebt aufgrund niedriger Rohstoffpreise sowie der Sanktionen beträchtliche Schwierigkeiten. Tatsächlich ist die Zahl der russischen Touristen der Statistik des Ministeriums für Kultur und Tourismus zufolge von Januar bis August um 20,72 Prozent zurückgegangen. Aber auch England und Frankreich zeigten Rückgänge, während Deutschland mit einem Zuwachs die Spitzenstellung unter den Herkunftsländern verstärkte. Im gleichen Zeitraum ging die Besucherzahl insgesamt um 0,89 Prozent zurück.

Angesichts der Kämpfe in den Südost-Provinzen ist es nicht unwahrscheinlich, dass die Buchungen für das kommende Jahr weiter zurückgehen werden. Dies könnte erheblichen Preisdruck auf das türkische Hotel- und Touris-

musgewerbe ausüben. Ein weiterer Belastungsfaktor sind die starken Devisenpreisschwankungen auf einem Markt, der üblicherweise in Jahreszyklen kalkulieren muss.

Außenpolitik

Kurskorrektur in der Syrien-Politik?

Die Türkei steht mit ihrer Priorität auf den Sturz des Assad-Regimes international recht isoliert da. Nachdem Russland Mitte September angekündigt hat, die Militärpräsenz in Syrien auszubauen und ebenfalls aktiv gegen den „Islamischen Staat“ (IS) in Syrien vorzugehen, scheinen sich die Kräftegleichgewichte geändert zu haben. Zum einen führte dieser Schritt dazu, dass sich die USA gezwungen sahen, einen militärischen Abstimmungsmechanismus mit Russland ins Leben zu rufen. Zum anderen wird das stärkere Eingreifen Russlands vermutlich auch zu einer Veränderung des militärischen Kräfteverhältnisses im syrischen Bürgerkrieg führen.

Nach seinem Staatsbesuch in Moskau erklärte Staatspräsident Erdoğan am 24. September 2015, dass für die Türkei nun auch eine Übergangphase denkbar sei, bevor Assad aus der Führung Syriens ausscheide. Diese Äußerung wurde als Kehrtwende bewertet, da die Führung der Türkei bisher für einen unverzüglichen Sturz des Regimes in Syrien eingetreten war. Zugleich kündigte Erdoğan an, dass eine Intensivierung der internationalen Kontakte zur Beilegung des Bürgerkriegs geplant sei. Die russische Nachrichtenagentur Irna meldete, dass sich im Oktober eine Kontaktgruppe aus Russland, dem Iran, der Türkei, Saudi Arabiens und Ägypten zu Beratungen treffen solle.

Die ersten Erfahrungen mit den russischen Operationen in Syrien zeigen jedoch, dass sich die Lage für die Türkei zunehmend kompliziert gestaltet. Zum einen bombardieren russische Flugzeuge nicht nur IS-Stellungen, sondern vor allem auch die anderer islamistischer Milizen, die die türkische Regierung zum Teil als Verbündete betrachtet. Zum anderen kam es am 3. und 4. Oktober zu zwei Luftraumverletzungen durch russische Kampfflugzeuge. Darüber hinaus wird die Stellung der Kurden in Nord-Syrien weiter aufgewertet. Diese gelten sowohl für die von den USA geführte Anti-IS-Koalition als Verbündete als auch für die von Russland geführte Koalition. Die Türkei jedoch betrachtet die Etablierung eines unabhängigen kurdischen Gebiets in Nord-Syrien als Gefährdung ihrer inneren Sicherheit und will verhindern, dass eine Verbindung zwischen den drei kurdischen „Kantonen“ in Syrien hergestellt wird. Zugleich bewertet sie die PYD als syrischen Ableger der PKK.

Türkei wird aktives Mitglied der Anti-IS-Koalition

Zeitgleich mit der Aufnahme der Bombardierung von PKK-Zielen verkündete die Türkei, dass sie ihre Luftwaffenbasen für Angriffe der Anti-IS-Koalition öffnen und zudem mit eigenen Flugzeugen an diesen Angriffen teilnehmen werde. Für die durch die USA geführte Koalition birgt insbesondere die Nutzung des Militärflughafens Incirlik nahe der Syrischen Grenze einen großen Vorteil,

weil Angriffe kurzfristiger und kostengünstiger geflogen werden können.

Für die Türkei bereitet die enge Kooperation der USA mit den syrischen Kurden Probleme. Deren Partei und Miliz sind nach Auffassung der türkischen Regierung ein Ableger der PKK. Das Ausbildungs- und Ausrüstungsprogramm der USA für die gemäßigte bewaffnete Opposition in Syrien kann als komplett gescheitert bewertet werden. Das im April offiziell aufgenommene Programm erwies sich sowohl im Hinblick auf seine Kapazität als auch militärisch als Fehlschlag, denn die 60 ausgebildeten Milizionäre wurden bei ihrem ersten Einsatz in Syrien zum größten Teil entweder gefangen genommen oder getötet und ihre moderne militärische Ausrüstung fiel dem IS in die Hände.

Auch wenn der aktive Beitritt der Türkei zur Koalition von ihren westlichen Verbündeten begrüßt wird, hält die Kritik an, dass die Türkei ihre Prioritäten auf den IS und nicht auf die PKK legen sollte.

EU Visum

Die Nachrichtenagentur Cihan meldet, dass die EU die Veröffentlichung des Fortschrittsberichts um eine Woche verschoben hat. Dies wird nicht zuletzt mit dem für den 13. Oktober geplanten EU-Gipfel zum Flüchtlingsthema in Verbindung gebracht. Während erwartet wird, dass der Fortschrittsbericht deutliche Kritik an der Entwicklung der Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit und der Meinungsfreiheit enthalten werde, erklärte der EU-Erweiterungskommissar Johannes Hahn Ende September, dass die Visumspflicht für Türken in der EU innerhalb von zwei Jahren entfallen könnte, wenn die nötigen Voraussetzungen erfüllt werden. In einem Interview mit der Tageszeitung Die Welt erklärte Hahn außerdem, dass er sich dafür einsetzen werde, die Kapitel 23 und 24, die sich mit Grundrechten, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit beschäftigen, so früh wie möglich geöffnet werden.

Türkische Arbeiter im Irak entführt

Nachdem eine Gruppe türkischer Arbeiter Anfang September 2015 durch eine schiitische Miliz von einer Baustelle in der Nähe von Bagdad entführt wurden, konnte nach der Vermittlung eines Waffenstillstands, der einige schiitische Dörfer in Syrien schützt, deren Freilassung erreicht werden. Die Entführung mit politischen Forderungen ist ein weiteres Beispiel dafür, in welchem Maße die außenpolitischen Positionen der Türkei Rückwirkungen auf ihre wirtschaftlichen Interessen zeigen.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Cihannüma Mahallesi Mehmet Ali Bey Sk. 12/D5
34353 Beşiktaş-Istanbul
Türkei

Tel: +90 212 310 82 37
contact@festr.org
www.festr.org

Verantwortlich: Dr. Felix Schmidt
© FES Türkei, 2015

